

Interview mit Carole Kickert, Generalsekretärin des „Conseil National de Programmes“

1. Wie würden Sie die Leitziele der staatlichen Rundfunkpolitik charakterisieren?

„Kennzeichnend ist, daß bisher keine einheitliche Definition dessen besteht, was unter „Service Public“ zu verstehen ist. Es werden in den einzelnen „cahiers de charges“ zwar bestimmte Kriterien gesetzt, diese sind jedoch sehr vage und gehen nicht ins Detail. Mit dem neuen Rundfunkgesetz soll sich das ändern. (...)“

2. Wie sehen Sie heute die Stellung des Sozio-Kulturellen Radios (100,7) im luxemburgischen Rundfunksystem?

„Die Einschaltquoten sind nach wie vor nicht berauschend, was sich wahrscheinlich auch nicht so schnell ändern wird. Denn was die Programminhalte anbelangt, vor allem auch die Musik, werden damit nur bestimmte Teile der Gesellschaft angepeilt und weniger das breite Publikum. (...) Bedingt durch die strengerer Programmauflagen vor allem im Bereich Kultur, läßt sich das Zuhörerspektrum auch nur schwer erweitern. 100,7 ist sehr zielgruppenorientiert und richtet sich nicht an den Otto Normalverbraucher. (...) Seinem Auftrag, die zivilgesellschaftlichen Kräfte zu einem Forum zu verhelfen kommt der Sender sicherlich angemessen nach, doch in einer Form, die ein Massenpublikum nicht anspricht.“

3. Sehen Sie in den lokalen Radios eine Chance für mehr Bürgerengagement? Wenn, ja wird diese Chance genutzt?

„Das Hauptproblem der lokalen Radios ist ein finanzielles Problem. Die meisten können sich nur schwer über Wasser halten. Sie sind an eine Höchstgrenze [der Einnahmen] gebunden, die inhaltlich nicht viel Spielraum läßt. Auch an den personellen Ressourcen mangelt es. Sicher gibt es Personen, die in ihrer Freizeit Radio machen wollen, doch ob diese auch über die nötige Kompetenz verfügen, um ein Programm auf die Beine zu stellen, das gewissen Ansprüchen genügt, ist eine andere Frage. Die Erfahrungen mit ‚Radio Ara‘, bei den es sich um ein höchst ambitioniertes Projekt handelt, haben gezeigt, daß es für diese Radios schwer ist über die Runden zu kommen. Was sich, zum Beispiel, darin äußert, daß zu bestimmten Zeitabschnitten keine Moderatoren zu Verfügung stehen. Darunter leidet natürlich das Programm. (...) Lokalradios werden in der Bevölkerung wenig gehört, was nicht heißen soll, das diese Form der öffentlichen Meinungsäußerung nicht auch seine Daseinsberechtigung hat. (...) Auch ihr Ausstrahlungsgebiet ist sehr begrenzt. In jeder Hinsicht sind die Möglichkeiten der Lokalradios begrenzt. (...) Die Chancen für ein Bürgerfernsehen (sic!) wurden auf jeden Fall verpasst.“

4. Sehen Sie im derzeitigen Rundfunksystem Minderheiteninteressen, wie die der ausländischen Bevölkerung, ausreichend vertreten.

„Hier wurden bereits große Anstrengungen unternommen. Der Nationale Programmrat hatte angeregt, die französische Übersetzung der Fernsehnachrichten im Zweikanalton zu ausstrahlen. Es war ein langer Weg bis zur Realisierung dieses Vorschlags, doch letztlich wurde damit bereits viel erreicht. Ich glaube das war ein wichtiger Schritt in Richtung Integration. Was den Hörfunk anbelangt, haben sich einzelne Vereinigungen beklagt, in bestimmten Radioprogrammen weniger zu Wort zu kommen. Es mag sein, daß die Zusammenarbeit mit den Vereinigungen, speziell Vereinigungen wie ASTI und CLAE, abgenommen hat. (...) Fremdsprachige Formate, wie das italienische ‚Buena Domenica‘, das es mal vor Jahren gab, als RTL nur sonntags sendete, wurden unter dem Aspekt diskutiert, ob diese Lösung nicht vielmehr isoliert als integriert. Sicherlich ist es nicht damit getan, eine Übersetzung zu senden. Es gehört auch dazu, daß man über Veranstaltungen der ausländischen Bevölkerungsgruppen berichtet. Es mag sein, daß Ereignisse, die diese Bevölkerungsteile betreffen, wie die ‚Journée de l’Emigration‘ in der Berichterstattung zu kurz kommen. Es wäre interessant die Bürger zu fragen, ob sie mit der Berichterstattung diesbezüglich zufrieden sind, ob der Rundfunk ausreichend über das Leben ausländischer Mitbürger informiert. (...)“

5. Wie beurteilen Sie die Effizienz der durch das Rundfunkgesetz von 1991 eingesetzten Aufsichts- und Kontrollorgane?
- Commission Indépendante de la Radiodiffusion
 - Commission Consultative des Médias
 - Conseil National des Programmes

„Der CNP hat anlässlich der Orientierungsdebatte zum neuen Rundfunkgesetz begrüßt, daß die drei Organe zu einem Gremium [‚Autorité de Régulation Indépendant‘] zusammengefasst werden, wie das schon im Ausland der Fall ist, weil dort jeder sein eigenes Süppchen gekocht hat und für ganz spezifische Bereiche zuständig war. In diesem Sinne hatten die einzelnen Organe nicht viel Spielraum. Zum Beispiel ist der CNP nicht zuständig für Lokalradios. Wenn aber jetzt jemand eine Beschwerde einreicht zu den Inhalten eines lokalen Radioprogramms, dann ist der CNP nicht zuständig, sondern die ‚Commission Indépendante‘. Erstens haben die Leute sich darin nicht zurechtgefunden, zweitens ist die Aufgabenteilung willkürlich; irgend jemand hat die irgendwann, irgendwie aufgestellt und läßt sich durchaus in Frage stellen, zumal wenn man die Landesmediensanstalten in Deutschland oder den CSA in Frankreich oder Belgien betrachtet, in denen alle Kompetenzen gebündelt sind. Außerdem ist der CNP ein beratendes Gremium, das sich aus Ehrenamtlichen zusammensetzt. Wobei sich natürlich die Frage stellt: Ist das die richtige Zusammensetzung? Das ist jetzt nicht negativ gemeint, vielleicht ist es ja die richtige Zusammensetzung. Im CNP sitzen nämlich Vertreter nahezu aller gesellschaftlichen Strömungen, wie das auch in den deutschen

Landesmedienanstalten der Fall. Wobei das beratende Gremium, dort in eine größere Struktur eingebettet ist.

Deshalb soll auch der CNP in der neuen „Autorité de Régulation“ als beratende Instanz integriert werden. Die Frage bleibt, ob der CNP dann überhaupt noch eine Daseinsberechtigung hat, ob seine Gutachten überhaupt noch zur Kenntnis genommen werden oder ob der CNP nur eine Alibifunktion übernimmt. (...)

Bisher hatte der CNP sehr wenig Spielraum, um auf die eingegangenen Beschwerden zu reagieren. Es gab nur zwei Möglichkeiten: Entweder konnte öffentlich gerügt werden oder es wurde in besonders schwerwiegenden Fällen der Lizenzentzug beim Staatsminister beantragt. Da zwischen liegen natürlich noch andere Möglichkeiten, von Strafzahlungen bis zu öffentlichen Bekanntmachungen. Diese Möglichkeiten sollen der „Autorité de Régulation“ mit dem neuen Gesetz eingeräumt werden. (...)

Wie gesagt, die größten Probleme waren, daß jeder sein eigenes Süppchen gekocht hat bzw. die ‚Commission Consultative‘ so gut wie nie zusammenkam, und im Publikum wissen die Wenigsten, daß es die drei Organe gibt und an welches sie sich wenden können. (...) Die drei Organisationen konnten sich nie nach öffentlich präsentieren. Wenn doch, dann geschah es im Rahmen einer Beschwerde, also negativ besetzt. Das Verhältnis zu dem Sender, gegen den Beschwerde erhoben worden war, war von Anfang an sehr gespannt. Die Kontrollfunktion stand zu sehr im Vordergrund. Die Tendenz soll jetzt eher in Richtung einer Ko-Regulierung gehen und nicht einer Kontrolle von oben. Der CNP hat im Rahmen der Orientierungsdebatte seine Meinung kundgetan, daß die Zusammenarbeit, der Austausch mit den Medien besonders wichtig ist, um Fehlverhalten im Vorfeld vorzubeugen. Deshalb hat der CNP gefordert, daß in dem neu zu bildenden Gremium beide Seiten sich zum Dialog treffen, damit es gar erst nicht zum großen Eklat kommen kann. Denn mit der bisher praktizierten Kontrolle a posteriori hat der CNP die schlechtesten Erfahrungen seit seiner Gründung gemacht.“

6. Wie oft intervenierte der Nationale Programmrat seit seiner Schaffung? Welche Folgen hatten die Rügen, die sie bislang verteilt haben? Bitte schildern Sie einige prägnante Fälle.

„Circa 6 Beschwerden gehen jährlich bei uns ein. (...) Die Handhabung ist sehr unterschiedlich. Es kann sein, daß es zu einer Einigung im Gespräch mit den Betroffenen kommen konnte. Es gibt aber auch immer wieder Fälle, in denen beide Seiten sich stur stellen, dann treten wir in die Öffentlichkeit, geben eine Pressemitteilung heraus, weil wir der Meinung sind, daß das die Bevölkerung auch was angeht. Die Vorgehensweise wird von Fall zu Fall neu beschlossen, sie liegt im Ermessen des CNP. (...) Der CNP ist nicht gezwungen mit jedem Fall in die Öffentlichkeit zu treten. (...)“

7. Welche Resonanz hat der Nationale Programmrat ihrer Meinung nach in der Öffentlichkeit erfahren?

„Der öffentliche Bekanntheitsgrad ist sehr gering. (...) Insbesondere die beratende Funktion des Gremiums wurde oft verkannt, denn wir kontrollieren nicht nur, sondern liefern auch konstruktive Vorschläge. Die Möglichkeiten mehr daraus zu machen, waren einfach nicht gegeben: die Mitglieder waren ehrenamtlich tätig, das Sekretariat wurde vom staatlichen ‚Service des Médias et de l’Audiovisuel‘ geführt - Letzteres entpuppte sich als sehr unglückliche Lösung, da der CNP eigentlich ein unabhängiges Gremium ist. Seit der CNP über ein eigenes Sekretariat verfügt, sind die Bedingungen, sich öffentlich einen Namen zu machen, gewachsen. Die Resonanz unserer jährlich stattfindenden internationalen Tagungen, letztes Jahr haben 200, dieses Jahr 100 Personen teilgenommen, zeigt, daß der CNP bekannter geworden ist, und das nicht nur in seiner Wächterfunktion. (...)“

8. Wie beurteilen Sie das Luxemburger Modell, in dem einem Privatunternehmen (RTL) per Lizenz ein öffentlicher Programmauftrag übertragen wird ?

„Das Hauptproblem liegt darin, daß RTL ein kommerzielles Unternehmen ist, das mit dem Ziel Gewinne zu erwirtschaften arbeitet, und beides nicht immer kompatibel ist. Wahrscheinlich war es aber die einzige Lösung, da RTL die nötige Technik zur Verfügung stellt, die sich in Luxemburg an anderer Stelle nicht so einfach aus dem Boden stampfen läßt. Deshalb ist die Lösung gar nicht so schlecht, denn sie funktioniert, wenn auch mit Ausnahmen. Das System ist durchaus verbesserungsfähig, entsprechende Überlegungen werden ja mit der Ausarbeitung des neuen Gesetzes angestellt, d.h. wie läßt sich der ‚Service Public‘ ausbauen, wie lassen sich andere Produzenten mit einbeziehen?. Doch es ist keine glückliche Situation, wenn eine Privatfirma einen öffentlichen Auftrag übernimmt. Dort prallen mit Sicherheit große Interessen aufeinander.“

9. Denken Sie, daß die RTL-Group eines Tages das (finanzielle) Interesse an der Aufrechterhaltung des luxemburgischen Programmangebots verlieren könnte? Welche Alternativen sehen Sie noch, um die „Grundversorgung“ der Bevölkerung zu gewährleisten?

„Es besteht ein Abkommen zwischen RTL und der Luxemburger Regierung, daß der Sender keine Lizenzabgaben zu leisten hat, solange er im Gegenzug einen öffentlichen Auftrag erfüllt. Dies ist in einem Konzessionsvertrag festgehalten, erst 2010 ausläuft. Bis zu dem Datum wird sich nichts ändern. (...) Solange die beiden luxemburgischen RTL Programme positive Bilanzen ziehen, besteht für die Gruppe kein Grund diese einzustellen. (...) Auch wenn derzeit Überlegungen in den zuständigen Parlamentsausschüssen angestellt werden, Teile des öffentlichen Programmauftrags an unabhängige Produzenten zu vergeben, deren Beiträge sei aus den Bereichen Bildung, Kultur oder Politik in Fensterprogramm eingefügt werden. Was nicht heißen soll, daß das Hauptprogramm nicht weiterhin von RTL produziert wird.“

10. Halten Sie das luxemburgische „Sondermodell“ für ausreichend transparent ?

„Ich glaube nicht, daß die breite Bevölkerung den Durchblick hat, wie das Verhältnis zwischen dem Staat und RTL gestaltet ist bzw. welche Programmelemente wie finanziert werden. Das hängt wahrscheinlich damit zusammen, daß es in Luxemburg erst den Privatfunk gab und der öffentliche Auftrag RTL später übertragen wurde. Insofern waren die Erfahrungen der Luxemburger mit dem Medium Rundfunk dem entgegengesetzt, was beispielsweise in Deutschland passierte. Dort wußte jeder, was unter öffentlich-rechtlichem Rundfunk zu verstehen ist und wie dieser finanziert wird.

Die Situation in Luxemburg ist allein schon deshalb ganz anders, weil weder Gebühren gezahlt werden, noch öffentlich-rechtlicher Rundfunk über Steuergelder finanziert wird. Es handelt sich um ein Tauschgeschäft, das den Bürger im einzelnen nicht tangiert: RTL bezahlt keine Lizenzgebühren an den Luxemburger Staat, dafür erfüllt der Sender den öffentlichen Programmauftrag. (...)“

Das Interview wurde am 27. Juni 2003 in Luxemburg/Kirchberg geführt. Die Tonaufnahmen in Luxemburger Sprache befinden sich im Besitz der Verfasserin.